

*Betreff:*

**Haushalt 2018 Stellenplan**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	<i>Datum:</i> 18.01.2018
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)	18.01.2018	Ö

**Beschluss:**

Die Veränderungen zum Stellenplan 2018 werden dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu den Anlagen zur Annahme empfohlen.

**Sachverhalt:**

Es wird vorgelegt:

Anlage 7: Fraktionsanträge zum Stellenplan 2018  
(Hierzu sind Einzelabstimmungen erforderlich)

In der nunmehr vorgelegten Anlage 7 wurde unter lfd. Nr. 1 eine Stellungnahme der Verwaltung zu den beantragten Stellenschaffungen im ZOD eingefügt. Zusätzlich sind zwei Stellenplananträge der BIBS Fraktion (lfd. Nr. 6 und Nr. 7) aufgenommen worden.

Ruppert

**Anlage/n:**

Anlage 7 Haushalt 2018 Stellenplan

## Anlage 7

**Stellenplananträge der Fraktionen zum Haushalt  
Stellenschaffungen**

Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung	
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.		
1	SP 136	10/32	Fraktion der CDU	<p><b>Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes</b></p> <p>Zur Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes werden drei zusätzliche Dienstposten A 8 bei der Stelle 32.11 geschaffen.</p> <p>Seit Mai 2008 gibt es den Zentralen Ordnungsdienst (ZOD), der sich in der breiten Öffentlichkeit, bei der Polizei und in den Stadtbezirksräten großer Beliebtheit erfreut. Zu Beginn war der ZOD mit 14 Dienstposten besetzt, bis 2011 kamen vier weitere Stellen hinzu. Seitdem verharrt die Zahl der eingesetzten Personen bei 18, obwohl immer mehr Bezirksräte den Einsatz des ZOD anfordern.</p> <p>Zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 14. September 2017 hatten wir daher angefragt, ob die Verwaltung eine Personalaufstockung beim ZOD plant; dieses wurde verneint. Daher erfolgt dieser Antrag zum Stellenplan, denn eine Stärkung des ZOD ist im Sinne der Sicherheit für alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger und für die Ordnung in unserer Stadt nach wie vor angezeigt.</p>								

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Antrag überschneidet sich mit aktuellen Überlegungen der Verwaltung. Es ist beabsichtigt, im Jahr 2018 die Konzeption des Zentralen Ordnungsdienstes (ZOD) insgesamt und damit auch die personelle und sachliche Ausstattung zu überprüfen. Vor diesem Hintergrund werden zum Stellenplan 2018 seitens der Verwaltung keine zusätzlichen Stellen vorgeschlagen. Veränderte Aufgabenstellungen und Anforderungen fließen hierbei ebenso ein wie die zehnjährigen Erfahrungen aus der Praxis. Ggf. hieraus resultierende Stellenplanänderungen sollen zum Stellenplan 2019 berücksichtigt werden.

Auf die Überprüfung der Konzeption des ZOD in 2018 wurde bereits im Rahmen der Beantwortung einer Anfrage der Fraktion der CDU in der Finanz- und Personalausschusssitzung am 14. 09.2017 hingewiesen.

## Anlage 7

## **Stellenplananträge** der Fraktionen zum Haushalt **Stellenschaffungen**

Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse dafür	Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss dafür	Anmerkung der Verwaltung
					dagegen	Entha.	
2	SP 137	10/50	Fraktion der CDU	<p><b>Stärkung der Heimaufsicht</b></p> <p>Zur Stärkung der Heimaufsicht wird ein zusätzlicher Dienstposten A 11 bei der Stelle 50.40 geschaffen.</p> <p>Die Heimaufsicht ist für eine Vielzahl von Aufgaben verantwortlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Überwachung der gesetzlichen Auflagen</li> <li>- Beseitigung von Mängeln durch Anordnung</li> <li>- Qualität der Betreuung und der Pflege</li> <li>- Beratungsauftrag für Bewohner, Angehörige sowie Mitarbeiter und Träger</li> <li>- Bildung von Arbeitsgruppen mit Kassen, Verbänden, dem Medizinischen Dienst und vielen weiteren mehr</li> <li>- fachliche Weiterentwicklung der Alten- und Behindertenhilfe</li> </ul> <p>Die Anzahl der Heimbewohner und deren Angehörige steigt stetig, so dass eine Stärkung der Heimaufsicht notwendig ist.</p>	passiert		

## Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Braunschweig als Heimaufsichtsbehörde überwacht gegenwärtig 40 Heime. Dabei handelt es sich um 31 Pflegeheime mit 3.149 Plätzen, 6 Tagespflegeeinrichtungen mit 78 Plätzen, eine Kurzzeitpflegeeinrichtung mit 15 Plätzen und zwei Altenwohnheime mit 454 Appartements.

Zurzeit erarbeitet das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Neufassungen der Heimpersonalverordnung und der Heimmindestbauverordnung, deren Inhalte jedoch noch nicht bekannt sind. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Änderungen und deren Umsetzungen zu einer Arbeitsverdichtung im Bereich der Heimaufsicht führen werden. Auch auf Grund des demographischen Wandels und der Veränderungen in den familiären Strukturen ist von einem Anstieg des Bedarfs an Heimplätzen auszugehen. Derzeit befinden sich zwei weitere Pflegeheime und eine Tagespflegeeinrichtung in der Planung. Ein eventueller zusätzlicher Bedarf kann jedoch erst beurteilt werden, wenn zumindest die Neuentwürfe der Verordnungen bekannt sind. Daher wurde bisher kein Stellenplanantrag gestellt.

Beantragt wird die Schaffung einer zusätzlichen Planstelle BesGr. A 11. Dies würde zu zusätzlichen Personalkosten i. H. v. 69.000 € jährlich führen. Für 2018 wird aufgrund des Genehmigungsverfahrens für den Haushalt und die anschließende Ausschreibung von einer Besetzung zum 1. Juli 2018 ausgegangen. Dies würde zusätzliche Personalkosten von rd. 34.500 € verursachen.

3	SP 138	10/50	Fraktion BIBS	<b>Stärkung der Heimaufsicht</b>  Im Bereich der Heimaufsicht wird eine halbe zusätzliche Stelle geschaffen.  Die Stadt Braunschweig als Heimaufsichtsbehörde überwacht gegenwärtig 40 Heime. Dabei handelt es sich um 31 Pflegeheime mit 3.149 Plätzen, 6 Tagespflegeeinrichtungen mit 78 Plätzen, eine Kurzzeitpflegeeinrichtung mit 15 Plätzen und zwei Altenwohnheime mit 454 Appartements. Die personelle Besetzung in diesem Bereich mit nur einer Person ist zu wenig, um den Aufsichtspflichten ausreichend nachkommen zu können.	passiert						
				<b>Ausschuss für Soziales und Gesundheit</b>							

## Anlage 7

**Stellenplananträge der Fraktionen zum Haushalt  
Stellenschaffungen**

Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	

Stellungnahme der Verwaltung:

Siehe Stellungnahme zu Nr. 2.

4	SP 140	10/51	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<b>Kommunale Schulsozialarbeit</b> In den Stellenplan 2018 und den Haushaltsplan 2018 werden für erste Schritte zur Umsetzung des vom Rat einstimmig beschlossenen „Rahmenkonzepts Kommunale Schulsozialarbeit“ drei Stellen für Schulsozialarbeiter inklusive der notwendigen Sachmittel eingestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die konkreten Bedarfe zu ermitteln und die auf dieser Grundlage ermittelte Summe in den Haushalt 2018 einzustellen und für die Folgejahre fortzuschreiben.  In seiner Sitzung am 26.09.2017 hat der Rat der Stadt Braunschweig einstimmig das „Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit“ beschlossen. Teil dieses Beschlusses war u.a. der Auftrag an die Verwaltung, die Haushaltssmittel für sinnvolle erste Umsetzungsschritte zu ermitteln. Aussagen hierzu liegen allerdings im Moment noch nicht vor. Um sicherzustellen, dass bereits im Jahr 2018 mit der Umsetzung dieses Konzeptes begonnen werden kann, ist es wichtig, bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen Mittel zur Verfügung zu stellen.	Jugendhilfeausschuss	passiert						
---	--------	-------	-----------------------------------	---	----------------------	----------	--	--	--	--	--	--

Stellungnahme der Verwaltung:

Kommunale Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein der Jugendhilfe. Der Bedarf an den einzelnen Schulen wird derzeit ermittelt und in die gem. Ratsbeschluss 17-04859 zu erstellende Maßnahmenplanung, die spätestens zum Ende des 2. Quartals 2018 vorliegen soll, einfließen.

Beantragt wird die Schaffung von drei zusätzlichen Planstellen. Diese würden mit EGr. S 11b eingruppiert und dies würde zu zusätzlichen Personalkosten i. H. v. 180.000 €/jährlich sowie 15.000 € an Sachmitteln führen. Für 2018 wird aufgrund des Genehmigungsverfahrens für den Haushalt und die anschließende Ausschreibung von einer Besetzung zum 1. Juli 2018 ausgegangen. Dies würde zusätzliche Personalkosten von rd. 90.000 € sowie Sachmittel von rd. 7.500 € verursachen.

**Stellenplananträge der Fraktionen zum Haushalt**  
**Stellenschaffungen**

Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
5	165	<b>10/66</b>	Faktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p><b>Radverkehrsplaner/in</b></p> <p>Im Stellenplan ist eine weitere Vollzeitstelle für die Aufgaben der Förderung des Radverkehrs einzuplanen.</p> <p>Der Radverkehr hat auch in der Stadt Braunschweig in den letzten Jahren sehr deutlich zugenommen. Durch diese erfreuliche Zunahme, aber auch durch die Entwicklung von Pedelecs haben sich die Aufgaben zur Planung, Regelung und Förderung des Radverkehrs so erhöht, dass sie nicht mehr durch den im Fachbereich 66 vorhandenen Mitarbeiter erledigt werden können. Zu den erweiterten Aufgaben gehören beispielsweise die Planung der Radschnellwege, die Pflege und der Betrieb der überregionalen Fernradwege (Weser-Harz-Heide, Partnerschaftsradweg Braunschweig-Magdeburg, West-Ost-Radweg), die Bearbeitung des Radverkehrsthemas im Zuge des Mobilitätsentwicklungsplans, Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Werbung für den Radverkehr und vieles mehr. Die gezielte intensive Förderung ist nicht zuletzt ein wesentlicher Beitrag zur Verminderung von Schadstoffen in der Luft und zur klimaverträglichen Verkehrsgestaltung.</p> <p style="text-align: right;"><b>Planungs- und Umweltausschuss</b></p>	9	4					

## Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung hat zum Stellenplan 2018 bereits die Schaffung einer Planstelle Wiss. Sachbearbeiter/in E 13 kw 2023 zur Mobilitätsentwicklungsplanung im Rahmen des ISEK-Projektes vorgeschlagen. In der endgültigen Stellenplanvorlage, die rechtzeitig vor der Beratung im Finanz- und Personalausschuss am 18. Januar 2018 vorliegt, ist zusätzlich die Schaffung einer Planstelle Techn. Sachbearbeiter/in E 12 zur Betreuung des Projektes "E-Radschnellwege" vorgesehen.

Der Antrag enthält keinen Betrag. Für eine Stellenschaffung Techn. Sachbearbeiter/in E 12 würden Personalkosten von rd. 70.000 €/jährlich anfallen. Für 2018 wird aufgrund des Genehmigungsverfahrens für den Haushalt und die anschließende Ausschreibung von einer Besetzung zum 1. Juli 2018 ausgegangen. Dies würde zusätzliche Personalkosten von rd. 35.000 € verursachen.

6		<b>10/67</b>	BIBS	<p>Stärkung Förderprogramm Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung</p> <p>Für die Realisierung des Förderprogramms zur Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung wird eine für die Laufzeit des Förderprogramms befristete Stelle eines/einer Technischen Sachbearbeiter/in E 11 geschaffen.</p>							
---	--	--------------	------	--	--	--	--	--	--	--	--

## Stellungnahme der Verwaltung:

Beantragt wird die Schaffung einer zusätzlichen Planstelle EGr. 11. Dies würde zu zusätzlichen Personalkosten i. H. v. 59.200 €/jährlich führen. Für 2018 wird aufgrund des Genehmigungsverfahrens für den Haushalt und die anschließende Ausschreibung von einer Besetzung zum 1. Juli 2018 ausgegangen. Dies würde zusätzliche Personalkosten von rd. 29.600 € verursachen.

## Anlage 7

**Stellenplananträge** der Fraktionen zum Haushalt  
**Stellenschaffungen**

Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
7		<b>10/67</b>	BIBS	Herbizidfreie Pflege von Tennenplätzen  Zur Pflege von Tennenplätzen mit alternativen Techniken unter Verzicht auf den Einsatz von Herbiziden werden ab 2018 dauerhaft 115.000 Euro eingestellt.							

Stellungnahme der Verwaltung:

Beanntigt wurde die dauerhafte Aufnahme von 115.000 € für die herbizidfreie Pflege von Tennenplätzen. Mit diesen Mitteln können 4 Saisonkräfte für die herbizidfreie Pflege von Tennenplätzen dauerhaft beschäftigt werden. Der Fachbereich 67 hat hierzu in einem Evaluierungsbericht zum Grünflächenausschuss am 8. Dezember 2017 (DS 17-05982) Stellung genommen.